



N I E D E R S C H R I F T

06. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024

Sitzungstermin: Montag, 17.08.2020

Sitzungsbeginn: 18:39 Uhr

Sitzungsende: 19:21 Uhr

Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943
Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Matthias Grunert

Mitglieder-

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Herr Carsten Nehues

Herr Stefan Pinkawa

Herr Tom Ritter

Herr Harald-Albert Swik

Herr Manfred Thier

Sachkundige Einwohner-

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Frau Nikola Gerlach

Herr Tobias Große

Verwaltung-

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Frau Angela Malter

Schriftführerin-

Frau Annett Gödicke

Abwesend:

Sachkundige Einwohner-

Frau Monika Nestler

Herr Rayk Riese

Frau Karin Wegel

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2020
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Beschlussvorlage
- 5.1. Aufnahme eines Kommunalkredites für den Hortneubau B-7116/2020
6. Informationsvorlage
- 6.1. Zwischenbilanz der Inanspruchnahme der zinslosen Stundung der Steuern I-7019/2020
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern
8. Informationen der Verwaltung
- 8.1. Entwicklung Kreisumlage
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

10. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2020
11. Feststellung der Tagesordnung
12. Anfragen von Ausschussmitgliedern
13. Informationen der Verwaltung
14. Informationen des Ausschussvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Grunert eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 7 Mitglieder anwesend.

TOP 2. Einwohnerfragestunde

keine

TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2020

keine

TOP 4. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 5. Beschlussvorlage

TOP 5.1. Aufnahme eines Kommunalkredites für den Hortneubau B-7116/2020

Herr Nehues bemerkt, dass in der aktuellen Vorlage von rund 100 Plätzen die Rede sei. In der Vorlage aus 2018 hatte er 250 Plätze in Erinnerung. Wie komme es zu der Reduzierung und wie habe sich der Preis entsprechend entwickelt?

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass der Hortneubau auf eine Kapazität von 250 Schülerinnen und Schülern ausgelegt sei. Daran habe sich nichts geändert. Sie erklärt, dass es im jetzigen Hortbetrieb, in der Kita Weichpfuhl, 150 Plätze gebe. Man schaffe auf dieser Basis 100 Plätze mehr. Sobald der Hortneubau in Betrieb genommen werde, wechseln die Kinder vom Weichpfuhl und die anderen kommen dazu. Dann können auch die jetzt für den Hort genutzten Klassenräume, die dringend benötigt werden, wieder für den Schulbetrieb genutzt werden. Ziel sei es, dass alle Kinder von den Klassen 1-4 einen Hortplatz bekommen. Anschließend solle dann die Sanierung der Kita Weichpfuhl erfolgen um mehr Plätze für Grippen- und Kindergartenkinder zu schaffen. Man rechne mit 100 Plätzen für den Altersbereich unter 6 Jahren.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Bauvorhaben Hortneubau ein Kommunalkredit in Höhe von 6.000.000 € zu den zu diesem Zeitpunkt günstigsten Bedingungen aufzunehmen.

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

Zustimmung empfohlen

TOP 6. Informationsvorlage

TOP 6.1. Zwischenbilanz der Inanspruchnahme der zinslosen Stundung der Steuern I-7019/2020

Kenntnis genommen

TOP 7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

keine

TOP 8. Informationen der Verwaltung

TOP 8.1. Entwicklung Kreisumlage

Frau Malter erklärt anhand einer Power Point-Präsentation welchen Einfluss die Zahlung der Kreisumlage für unseren Haushalt habe. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei. Die Kreisumlage sei eine hohe Position bei den ordentlichen Aufwendungen. Trotz Senkung des Hebesatzes sei sie seit 2010 bis 2020 stetig gestiegen.

Herr Nehues möchte wissen, welche Einnahmesituation als Umlagegrundlage ermittelt werde.

Frau Malter antwortet, sie bilde sich aus den Steuereinnahmen, dies mache die Steuerkraft aus. Zusammen mit der Schlüsselzuweisung bilde sie gemeinsam die Umlagegrundlage für die Kreisumlage.

Herr Nehues fragt nach, hieße dies, wenn z. B. Ludwigsfelde als Kommune andere Einnahmequellen neben den Steuern, wie Einkünfte aus Vermietungen und Verpachtungen hätte, würden diese nicht für die Kreisumlage angerechnet werden.

Das seien privatrechtliche Erträge, antwortet **Frau Malter**. Diese fließen nicht in die Umlagegrundlage für die Kreisumlage.

Frau Malter fügt hinzu, dass auf Vorbereitung der Haushaltsplanung 2021, wo aufgrund der Pandemie einige Einnahmen wegbrechen, auch die Aufwendungen reduziert werden müssen. Sie richtet einen Appell an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, sich einzusetzen, dass die Kreisumlage um 2 % gesenkt werde.

Herr Akuloff steht dem kritisch gegenüber. Die Gegenüberstellung von Hebesatz und Entwicklung der Gesamtsumme bringe relativ wenig, da man auch die Aufwendungen des Kreises in Rechnung ziehen müsse. Eine Kreisumlage zu Gunsten aller Kommunen würde gegen den Kreis sprechen. Zu der Diskussion um die Mehreinnahmen ergänzt er, werde sich der Kreistag intensiv beschäftigen, welchen Verwendungszweck es für die Überschüsse geben werde. Er betont, dass es einen Vorschlag der Bürgermeister gab, ein Kreisentwicklungsbudget zu installieren, welches Projekte des Kreises, die auch für die Kommunen positiv zu beurteilen seien, finanziert. Es sei ein Diskussionsprozess, er persönlich gehe nicht davon aus, dass eine Rückzahlung der Überschüsse zu erwarten sei. Daraus mit politischem Appell zu reagieren, sei seiner Meinung nach falsch. Schwierig werde es für die Kreistagsabgeordneten, auch gerade für die, die in Doppelmandaten seien, sich zu entscheiden.

Frau Herzog-von der Heide antwortet darauf, dass in der Bürgermeisterrunde die Diskussion mit dem Kreisentwicklungsbudget aufkam. Der erste Vorschlag war ein Förderprogramm, was aber nur Kommunen, die in der Haushaltssicherung seien, zu Gute gekommen wäre. Es sei rechtlich auch gar nicht möglich, dass das, was der Landkreis eingenommen habe jetzt zurückerstattet werde. Das aber Alle in den Genuss kämen, wenn man die Kreisumlage senkt. Das wäre ein legaler Weg, um zu einer gerechten Verteilung zu kommen.

Herr Swik denkt, dass dies eine wichtige Diskussion sei. Wir sehen ja, dass unsere Belastungen von Jahr zu Jahr steigen, alleine schon durch den Wegfall der Straßenanliegerbeiträge. Man müsse sich unsere Region, mit den zwei Spitzenlandkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming, anschauen. Und dann sehe man, dass der Landkreis Dahme-Spreewald eine um 6 % niedrigere Kreisumlage habe, obwohl keine andere Aufgabenverteilung zwischen dem Landkreis und den Kommunen vorliege. Dann wiederum muss ich mir die Frage erlauben können, inwieweit wir unsere Hausaufgaben machen müssen. Warum gebe es diese Diskrepanzen? Man könne auch vom Kreistag erwarten, schaut Euch den Nachbarkreis an, wie werden dort die Aufgaben verteilt und die Lasten gestemmt. Dann kommen wir wieder auf die Diskussion um die Kreisumlage, die eine der höchsten im Land Brandenburg sei.

Herr Akuloff stimmt der Aussage der Bürgermeisterin zu, dass es richtig sei, dass alle Kommunen etwas davon haben müssten. In der Vorlage, die die Kreisverwaltung eingebracht habe, seien die Kriterien für die Bewilligung der Mittel aus dem Regionalbudget zu abstrakt formuliert, heißt z. B. der Grundsatz, du musst in der Haushaltssicherung sein, um Geld zu bekommen, den halte zumindest seine Fraktion für grundsätzlich falsch. Es gebe ja auch Möglichkeiten, dass sich eine Kommune relativ arm rechnen kann, die kenne Frau Malter sicherlich auch. In so fern sei das Regionalbudget eine Möglichkeit, begonnene und notwendige Projekte, wo mehrere Kommunen Nutznießer wären, zu Ende zu bringen. Mit pauschalen Vergleichen komme man hier nicht weiter. Desweiteren merkt er an, dass viele Städte ihren Jahresabschluss für 2015 noch nicht abgegeben haben. Das sei aber der Ansatz für den Kreiskämmerer, dieser wisse so nicht wo die Finanzkraft liege.

Frau Herzog-von der Heide erklärt, Luckenwalde sei gerade dabei, den Jahresabschluss 2018 zu machen. Wir tricksen nicht, wir versuchen hier Haushaltsklarheit zu dokumentieren. Es dürfe doch aber in die Diskussion eingebracht werden, dass man auch darüber nachdenken könne, wie man mit den Mitteln, die man habe, günstig umgehe und das auch die Senkung der Kreisumlage eine Variante sein sollte, die man mit eingebracht wissen wolle.

Desweiteren informiert **Frau Malter** unter diesem Tagespunkt zur Beschlussvorlage (B-7114/2020) Freier Eintritt im Freibad Elsthal und im HeimatMuseum in den Sommerferien für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre: 4078 Kinder und Jugendliche konnten im Zeitraum der Ferien kostenlos im Freibad begrüßt werden. Im letzten Jahr waren es 4840, also in diesem Jahr, vielleicht auch wetterbedingt, doch weniger. In einem der nächsten Finanzausschüsse werde Frau Wohlauf dazu ein Fazit geben. Dem Angebot zur freien Nutzung des Museums kamen 20 Kinder und Jugendliche nach.

Um einen weiteren Beitrag zur Entlastung der Händler und Gastronomen zu leisten, denen Corona viele Einschnitte gebracht habe, möchte die Verwaltung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 01. September 2020 einen Beschluss zur Gebührenbefreiung für die Sondernutzung für das gesamte Stadtgebiet für dieses Jahr rückwirkend ab dem 01. August 2020 vorlegen. Der Stadt entstehen dadurch 3.000 EUR weniger Einnahmen, ergänzt **Frau Malter**.

Frau Herzog-von der Heide ergänzt, dass dies für Geschäfte, die Waren außerhalb ihres Geschäftes verkaufen, und Gastronomen sei.

Herr Thier hat eine Frage zum freien Eintritt im Freibad Elsthal:

Gab es auch Erwachsene die Kinder begleitet haben, so das dadurch vielleicht der Anteil der Erwachsenen insgesamt höher war?

Frau Malter antwortet, die Frage werde ihm Frau Wohlauf in ihrer Gesamtauswertung zu Freibadsaison geben können.

Frau Malter informiert, dass man in der letzten Woche weitere Ausführungen und Regelungsentwürfe zum regionalen Rettungsschirm erhalten habe. Dies konnte nicht mehr in die Tagesordnung mit einfließen, deshalb möchte die Verwaltung den Mitgliedern diese Informationen aber nicht vorenthalten.

Frau Malter präsentiert anhand einer Power-Point-Präsentation die wichtigsten Informationen zum Kommunalen Rettungsschirm Brandenburg. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Als Fazit ergänzt **Frau Malter**, dass wenn der Rettungsschirm so greife, wie er beschlossen wurde, werde geprüft, ob man die Mittelsperre für 2020 aufheben könne. Dies werde voraussichtlich Ende September 2020 der Fall sein.

Herr Swik berichtet, dass er gehört habe, die Landesregierung wolle die Einnahmenausfälle im Kulturbereich vollständig kompensieren. Bedeute dies, dass wir dann vielleicht auf der Statistik von 2019, die Differenz zwischen 2019 und 2020 erstattet bekämen.

Frau Herzog-von der Heide antwortet, dass dies so nicht laufe. Der Vorteil sei, dass man hier am Theater kein festes Ensemble habe. Es seien etliche Veranstaltungen ausgefallen, wo keine Einnahmen waren, in vielen Fällen aber auch keine Ausgaben. Man habe Anträge gestellt und auch schon um die 10.000 EUR Ausgleich bekommen. Der Vergleich, wie war das Vorjahr, wie sei es in diesem Jahr, könne man so nicht stellen. Die Besonderheit hatten wir beim Turmfest, dass ein paar Dinge nicht mehr gestoppt werden konnten, die Kosten verursacht haben, der Großteil aber musste nicht beglichen werden.

TOP 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine

- Die Nichtöffentlichkeit wird um 19:20 Uhr hergestellt.

Matthias Grunert
Vorsitzender

Annett Gödicke
Schriftführerin

13. 10 24 31 05